



Bundesjugendvorsitzende Jennifer Otto eröffnet den Zukunftskongress.

Foto: Jörg Farys

ZENTRALE ARBEITSTAGUNG – DIE ZUKUNFT BEGINNT JETZT!

# „Erster Zukunftskongress“ der JUNGEN GRUPPE

Am 19. Juni 2023 wurde durch die Bundesjugendvorsitzende Jennifer Otto der erste GdP Zukunftskongress in Potsdam eröffnet. Ebenfalls ließen es sich der Bundesvorsitzende der Gewerkschaft der Polizei, Jochen Kopelke, und der stellvertretende Bundesvorsitzende Sven Hüber, der gleichzeitig als Pate für die JUNGE GRUPPE der Gewerkschaft der Polizei fungiert, nicht nehmen, die Anwesenden zu begrüßen und auf die Themen der kommenden Jahre einzuschwören.

In einer immer schnelllebigeren Zeit sind unsere Themen facettenreicher denn je. Themen wie beispielsweise EncroChat, KI i. Z. m. der Bearbeitung von Kinderpornografie, soziale Unsicherheiten in der Welt, innere Unruhen vs. soziale Sicherheit (steigende Heizkosten etc.), Besoldung/Tarifverhandlungen, unterschiedliche Besoldungen in den Länderpolizeien (Baden-Württemberg stellt nach dem Studium in der A 10 ein!), die Legalisierung von Cannabis (wie soll die Legalisierung vonstattengehen? – Keine Arbeitserleichterung

Die Probleme und Herausforderungen der heutigen Zeit kann man aber auch als Chance sehen, auf die man bereits heute reagieren muss. Genau vor diesem Hintergrund kamen 64 JUNGE GRUPPE-VertreterInnen aus Bund, Land, BKA, Zoll und Tarif zusammen, um sich drei Tage lang über die Polizei der Zukunft auszutauschen. Was muss passieren, damit Polizei attraktiv wird? Was bedeutet das für uns als GdP? Wie sind wir für junge Menschen und KollegInnen weiterhin ansprechend?

64 VertreterInnen standen die kommenden drei Tage symbolisch für 65.000 JUNGE GRUPPE-Mitglieder auf Bundesebene. Demnach stand ein(e) VertreterIn für ca. 1.000 junge Menschen in der GdP-Organisation, ein ehrbares Gefühl!

In den nächsten Jahren werden Zehntausende Menschen die Polizei verlassen. Für die Jugend wird, aus Sicht von Sven Hüber, ein Turbozug gezündet. Junge Menschen müssen in kurzer Zeit in allen Bereichen Verantwortung übernehmen. Dafür müssen wir ermutigt und fit gemacht werden. Die Mitglieder der Gewerkschaft der Polizei haben eine Erwartungshaltung. Die Gewerkschaft der Poli-



Alle Teilnehmer auf einen Blick



” Sven Hüber, stellv. GdP-Bundesvorsitzender

Wir wollen euch mit  
Veranstaltungen wie dieser  
Mut geben und fit machen.

zei muss diese nach außen tragen und Ansprüche formulieren.

Ein weiteres großes Feld sind die Bewerberzahlen. Diese gehen deutschlandweit, flächendeckend nach unten. Parallel dazu muss man sich die Frage stellen, ob die Qualität der Ausbildung und des Studiums den aktuellen Ansprüchen von BewerberInnen noch genügt. Um uns selbst müssen wir uns selbst kümmern. Themen, die von der heutigen Generation Z und später von der Generation Alpha im Berufsleben gegebenenfalls standardmäßig zu finden sein werden, müssen wir bereits heute auf die Ebene des Dienstherrn und der Politik heben und um deren Umsetzung kämpfen! Schlagwörter hierzu: #Arbeitszeit #viereinhalbtageweche #überstundenberge #teilzeit.

Kann man die Arbeit der Zukunft vielleicht auch anders organisieren? Wie erfolgt die Verteilung von verfügbarer Arbeit? Die Polizeizulage ist wieder ruhegehaltstauglich (u. a. beim Bund, in Sachsen und in Schleswig-Holstein) geworden, aber NICHT BEI UNS in Sachsen-Anhalt! Warum haben wir in Sachsen-Anhalt eine monatliche Polizeizulage von 150 Euro und beim Bund gibt es fast 230 Euro? Sind wir nicht alle gleich? Der Bundesvorsitzende Jochen Kopelke betont: „Männliche Polizisten haben nach 35 Arbeitsjahren eine niedrigere Lebenserwartung – warum wird darauf so gut wie gar nicht reagiert?“

Die Themen der Zukunft werden überdies durch viele technische Fragen begleitet. Ebenso wie vom Thema Karrieren in der Polizei #plakativoderernstgemeint? Wie entwickelt sich die Thematik Cannabiskonsum



Aus Sachsen-Anhalt war neben unserem Autor u. a. auch Theresa mit dabei.



Die ehemalige Landesjugendvorsitzende der GdP Brandenburg, Jil Richter, mittlerweile bei der Bundespolizei und Mitglied im Geschäftsführenden Bundesjugendvorstand



Auf den Hund gekommen! 64 Teilnehmer und 1 Hund.

und Beruf? Viele spannende Fragen auch in Bezug auf zukünftige Rechtsschutzfälle. Wie geht unser Arbeitgeber in der Zukunft mit Tätowierungen um? Wird es zu einer Vorgehen Genehmigung durch den Dienstherrn kommen? Ist die PDV 300 für die Zukunft noch konsensfähig oder ist auch hier eine Auflockerung der Anforderungen von Nöten?

Allein der Fakt, dass jährlich 15.000 Menschen bei der Polizei eingestellt werden und wir als JUNGE GRUPPE der Gewerkschaft der Polizei überall vertreten sind, ermöglicht es uns, die Themen und Wünsche für eine zeitgemäße und attraktive Polizei zu ergründen und zu gestalten.

Die Gewerkschaft der Polizei ist dabei, auf viele der hier bereits genannten Themen aufmerksam zu machen. Dinge ansprechen, wo es besser läuft und wo die anderen Bundesländer gleichziehen können, unseren großartigen Beruf und die damit verbundene Leidenschaft herauskehren. Aber ist die Polizeiarbeit auf Bundes- und Landesebene überhaupt vergleichbar? Warum gibt es in Bundesländern einen Bewerberüberschuss und in anderen einen Bewerbermangel? Man kommt nicht einfach so darauf, zur Polizei zu gehen ... in den Familien wird diskutiert, wer geht zur Polizei und wer nicht (Elternhäuser haben einen unglaublichen Anteil daran). Im Jahr 2023 ist es an der Zeit, die Abwärtsspirale zu durchbrechen und wieder vor die Welle kommen.

Mediale Berichterstattung ist ein weiterer Einflussfaktor auf Bewerberzahlen. Welche Gründe gibt es für junge Menschen, bei der Polizei zu kündigen? Die Menschen innerhalb der Polizeien müssen gut geführt werden – der Schlüssel hierzu sind unsere Führungskräfte. Im Wechselportal der GdP gab es noch nie so

viele Gesuche wie heute. Zu guter Letzt ist eine Nachtschichtzulage in Höhe von 1,23 Euro ein Witz, wenn man sich mit der Wirtschaft und anderen Arbeitgebern vergleicht.

Am zweiten Tag gab es einen weiteren interessanten Beitrag, nämlich einen Vortrag über „Die Entwicklung der Nachwuchskräfte in der Bundespolizei“. Hier werden laut dem Vortragenden junge Menschen mit sehr plakativen HD-Videos zur Polizei gelockt und erleben im Ausbildungs- und Studientagalltag eine eher nüchterne bis enttäuschende Alltagswahrheit. Auf der einen Seite bekommt man die Ausbildungs- und Studienplätze mit AnwärterInnen nicht voll, auf der anderen Seite werfen viele bereits innerhalb ihrer Ausbildung und im Studium das Handtuch. Warnungen an den Dienstherrn und die Politik blieben ungehört. Mit dem Ergebnis müssen wir als Polizei umgehen. So kann das in Zukunft nicht laufen ...

Im Anschluss daran gab es vier interessante Workshops zu den Themen:

- I Anforderungen und Erwartungen junger Menschen,
- II Polizei als attraktive Arbeitgebermarke,
- III Junge Mitarbeitende binden und fördern,
- IV Digital Recruiting & Social Media.

Abgerundet wurde der 2. Tag mit einem PolitikerInnen-Austausch mit Irene Mihalic (Fraktion Bündnis 90/Die Grünen), Uli Grötsch (SPD) und Maximilian Reiter (JuLi).

Der heutige Artikel zu den drei erlebten Tagen reicht gar nicht aus, um auch nur annähernd das Geschehene und deren Inhalte widerzuspiegeln. Ich werde über die Inhalte aus den einzelnen Workshops zeitnah nachberichten.

**Martin Götz,**  
Landesjugendvorsitzender GdP LSA

» Axel Petermann (Fallanalytiker – Kriminalist – Autor), 70 Jahre

Das Töten ist dem Menschen immanent. Es ist Teil unseres Lebens, unseres Seins. Es gehört zu unserer Gesellschaft dazu.



AXEL PETERMANN ZU GAST IN DER FACHHOCHSCHULE POLIZEI

# Auf der Spur des Bösen: Ein Profiler berichtet

Auf Einladung der GdP Sachsen-Anhalt konnten wir am Abend des 13. Juni 2023 im Hörsaal der Fachhochschule Polizei den aus Funk und Fernsehen bekannten Profiler Axel Petermann begrüßen. Mehr als 200 Beschäftigte und ehemalige Beschäftigte der Polizei Sachsen-Anhalt konnten bei dem zweistündigen Vortrag einen Blick auf das Böse werfen.

Der deutsche Kriminalist und Profiler Axel Petermann aus Bremen war von 1975 bis 2014 Beamter der Kriminalpolizei, unter anderem als langjähriger Leiter der 1. Mordkommission und stellvertretender Leiter des Kommissariats für Gewaltverbrechen. In dieser Zeit bearbeitete er eine Vielzahl von Fällen des unnatürlichen Todes bzw. leitete die Ermittlungen bei Tötungsdelikten. Petermanns Bücher „Auf der Spur des Bösen“, „Im Angesicht des Bösen“ sowie „Der Profiler“ basieren auf wahren Fällen und wurden Bestseller. Vier Episoden aus seinen Büchern dienten als Vorlagen für Tatort-Verfilmungen des Hessischen Rundfunks.

Nach einer kurzen persönlichen Vorstellung ging Petermann über zu aus seiner Sicht spannenden Kriminalfällen. Beim „Der Tote im Zug“ sah der Tatort so aus, als sei ein Raubmord geschehen, beim genaueren Hinsehen und Verfolgen der Spuren, stellte sich das Geschehen als ein Selbstmord heraus. Der Tatort war inszeniert, da der Verstorbene eine Risikolebensversicherung über 250.000 Euro abgeschlossen hatte, die bei Selbstmord nicht greifen würde. Dazu appellierte Petermann an unsere Ermittler im Hörsaal: „Die hellste Spur muss nicht die richtige sein!“

Wird jemand vermisst, geht das große Bangen los. Dabei sind die ersten 24 Stunden am wichtigsten. Leider gehen nicht alle Vermisstenfälle glücklich aus. Daher stellen sich viele die Frage, welche Gefühle in einem Ermittler vorgehen, wenn die vermisste Person leblos gefunden wird. Axel Petermann lässt dies ebenso nicht kalt, insbesondere wenn es um Kinder geht: „Ich habe leider mehrere solcher Situationen erlebt. Aber nicht tote Kinder aufge-



funden, die vermisst waren, sondern auch Opfer von Gewalttaten, nach Unfällen, nach Suiziden. Meine Gefühle waren dabei vielfältig: Ohnmacht? Traurigkeit? Verzweiflung? Trauer? Betroffenheit? Angst um die eigenen Kinder? Sicherlich von allem etwas. Vielleicht auch manchmal mit dem Gefühl gepaart, versagt zu haben, nicht die richtigen Entscheidungen getroffen zu haben. Jeder Fall war und ist jedoch immer belastend.“

Die Annahme, dass es das sogenannte „angeborene Böse“ gäbe, kann sich Petermann nicht vorstellen. Er vertritt die These, dass es keine geborenen Verbrecher gibt, sondern dass im Wesentlichen der Lauf des Lebens durch Erziehung, Schule und Umfeld geprägt wird. Auch die umgekehrte Theorie, dass man von Geburt an gut ist und das Böse sich erst nach und nach einstellt, ist ihm zu absolut. Es werden Menschen zu Tätern, die viele Jahre normenkonform gelebt haben und bei denen dann bestimmte Umstände dazu geführt haben, dass sie zu Verbrechern, gar zu Mördern wurden. Das ist besonders oft bei Beziehungstaten, also Intimziden, der Fall.

Die expliziten Einblicke in die (ehemalige) Arbeit von Axel Petermann ließ viele mit einem mulmigen Gefühl zurück. Gerade rückblickend in eine Zeit, in der es noch keine DNA-Analyse gab, wo noch eine akribische Spurensuche im Vordergrund stand, das Bewusstsein messerscharf sein musste, jeder Hintergrund beleuch-

tet wurde, lässt alles noch mal in einem anderen Licht erscheinen.

Die Veranstaltung im Hörsaal war der Auftakt zu einer Vortragsreihe. Freut Euch auch in Zukunft auf weitere spannende Präsentationen mit hochwertigen Referenten.

**Bis zum nächsten Mal  
Eure GdP Sachsen-Anhalt**



Unser GdP-Team sorgte vor Ort für einen reibungslosen Ablauf und Einlass.



Axel Petermann mit Rektor Torsten Fühling



Die Polizeiinspektion Stendal (PI SDL) ist für den nördlichen Bereich Sachsen-Anhalts zuständig. Mit ca. 680 Mitarbeitern ist sie auf einer Fläche von 6.293 km<sup>2</sup> in den Landkreisen Stendal, Salzwedel und Jerichower Land für die Sicherheit von über 285.000 Bürgerinnen und Bürgern, die in der Region leben, im Einsatz

# Der Stufenpersonalrat der Polizeiinspektion Stendal

Am 21. Januar 2019 konstituierte sich der Übergangsstufen-Personalrat der seit dem 1. Januar 2019 bestehenden „neuen“ Polizeiinspektion Stendal. Zum Vorsitzenden gewählt wurde Michael Bilang, der am 10. Dezember 2020 nach den Personalratswahlen wiedergewählt wurde und nunmehr als Vorsitzender den Stufenpersonalrat der Polizeiinspektion Stendal leitet.

Michael Bilang ist 52 Jahre alt, verheiratet und Vater von zwei Töchtern und einem Sohn.

Aus der gemeinsamen Liste „GdP/BdK“ sind des Weiteren im Stufenpersonalrat: Beate Berndt, Jörg Löffler und Reiner Jaluschka. Zu dem aus sieben Mitgliedern bestehenden Personalrat gehören noch Norman Kubbe, Holger Budras und Ira Bergfeld-Müller.

Der Stufenpersonalrat der PI Stendal ist die gewählte Interessenvertretung der Beschäftigten der Polizeireviere Jerichower Land, Salzwedel und Stendal, des ZED, ZVAD und ZKD

sowie des Führungsstabes und des Stabsbereichs Verwaltung. Die Hauptaufgabe des Personalrats besteht darin, die Interessen der Beschäftigten gegenüber der Behördenleitung zu vertreten und deren Rechte zu wahren.

Der Personalrat hat verschiedene Mitbestimmungs- und Mitwirkungsrechte, die im Personalvertretungsgesetz (PersVG) geregelt sind. Dazu gehören beispielsweise das Mitbestimmungsrecht bei Einstellungen, Versetzungen, Umsetzungen, Beförderungen, Eingruppierungen, das Recht auf Beteiligung bei der Dienstplangestaltung und Arbeitszeitregelungen sowie Mitbestimmungsrechte in Rationalisierungs-, Technologie- und Organisationsangelegenheiten.

Vor Erlass von Verwaltungsanordnungen – sprich Verfügungen –, die innerdienstliche soziale, personelle oder organisatorische Angelegenheiten betreffen, ist dies dem Stufenpersonalrat mitzuteilen und mit ihm zu erörtern.

Die Einhaltung der datenschutzrechtlichen Bestimmungen, die Förderung der tatsächlichen Gleichstellung von Frauen und Männern, darüber zu wachen, dass die zugunsten der Beschäftigten geschaffenen Bestimmungen durchgeführt werden, zählt zu den allgemeinen Aufgaben des Stufenpersonalrates.

Der Personalrat arbeitet – nach dem Landespersonalvertretungsgesetz Sachsen-Anhalt (PersVG LSA) – eng mit der Behördenleitung zusammen und verhandelt mit dieser über Dienstvereinbarungen, über Regelungen zu Themen wie Arbeitszeit, Gesundheitsschutz oder Aus- und Fortbildung. Außerdem nimmt der Personalrat an Besprechungen teil, in denen Personalmaßnahmen besprochen werden, und gibt hierbei eine Stellungnahme ab. Die konkreten mitbestimmungspflichtigen Personalmaßnahmen bedürfen eines Beschlusses, der in



Grafik: Polizei Sachsen-Anhalt

einer Sitzung (alle zwei Wochen) des Stufenpersonalrates gefasst wird.

Der Vorsitzende des Personalrats hat eine besondere Funktion, da er oder sie den Personalrat nach außen vertritt und die Geschäfte des Gremiums führt. Der Vorsitzende ist Ansprechpartner für die Behördenleitung und kann auch bei Konflikten zwischen dieser und den Beschäftigten vermitteln.

Erreichen kann man den Stufenpersonalrat – (fast) rund um die Uhr – unter (03931) 681-308.

## Vorstand Stufenpersonalrat PI Stendal

### Die einzelnen Personalratsmitglieder sind erreichbar unter:

Michael Bilang	(03931) 682-308
Ira Bergfeld-Müller	(03931) 685-276
Beate Berndt	(03901) 848-236
Holger Budras	(03901) 848-242
Norman Kubbe	(03921) 920-275
Jörg Löffler	(03933) 955-150
Reinert Jaluschka	(039200) 722-11

Das Wahlplakat für Stufenpersonalrat PI SDL der GdP LSA zur letzten Personalratswahl 2020



Hubschrauberpilot bei der Landespolizei zu sein, ist eine tägliche Herausforderung. Man weiß zu Dienstbeginn nie, welche Einsätze geflogen werden, da das Spektrum an möglichen Einsätzen sehr weit gestreut ist. Die Vielfalt beginnt bei polizeitaktischen Flügen wie beispielsweise Fahndungen bis hin zu Flügen und Rettungseinsätzen im alpinen Gelände (z. B. Einsatz Flutkatastrophe Ahrtal).

## NEUE STUDIE IN DER POLIZEIHUBSCHRAUBERSTAFFEL SACHSEN-ANHALT

# Physische Belastungen an Bord von Polizeihubschraubern

Am 13. April 2023 stellte der Vorsitzende der Bundesvereinigung des fliegenden Personals der Polizei (BfPP), Herr Uwe Kraus, die vom eigenen Berufsfachverband initiierte und in Zusammenarbeit mit der FH Aachen, Fachbereich Luft- und Raumfahrttechnik, der Polizeihubschrauberstaffel (PHuSt) Baden-Württemberg, Bayern und dem Bundespolizeiflugdienst entwickelte wissenschaftliche Studie zur ganzheitlichen Betrachtung der physischen Belastungen aller Besatzungsmitglieder im polizeilichen Flugdienst in der Liegenschaft der Polizeihubschrauberstaffel Sachsen-Anhalt auf dem Flughafen Magdeburg vor.

Im Vorfeld dieses Termins wurden die Behördenleitung der Polizeiinspektion Zentrale Dienste (PI ZD), die Personalvertretungen und thematisch betroffene wichtige Funktionsträger der Landespolizei eingeladen. Außerdem wurde innerhalb der PHuSt im Rahmen der wöchentlichen Dienstbesprechung auf die Bedeutung dieses Veranstaltungstermins hingewiesen und um größtmögliche Teilnahme der Mitarbeiter geworben.

Zur Veranstaltung kamen von den externen Gästen die Verantwortlichen für Prävention/ Gesundheitsmanagement, die Fachkraft für Arbeitssicherheit der PI ZD, der Vorsitzende Landesarbeitskreis Gesundheit in der Polizei, die Vertretungen des örtlichen und Stufenpersonalrats sowie die Behördenleitung. Seitens der eigenen Mitarbeiter konnten trotz Dreischichtbetrieb 13 von 22 Beamt\*innen teilnehmen.

Dem Vortrag „Physische Belastungen an Bord von Polizeihubschraubern“ wurde aufgrund der Arbeits- und Lebenserfahrungen der Zuhörer natürlich eine Erwartungshaltung entgegengebracht und überraschte dann doch alle Teilnehmer bezüglich der Grenzwertüberschreitung hinsichtlich von Vibrationen im Hubschrauber.

Nach Abschluss der umfassenden und interessanten Vorstellung der Studie dankte der Staffelleiter dem Referenten und der dahinterstehenden Organisation BfPP. Gleichzeitig eröffnete er im Rahmen der Diskussion erste Lösungsansätze. Neben Gesundheitsvorsorgemaßnahmen soll unsere Organisation durch



Einer der beiden Airbus Hubschrauber (H145 D2; vier Rotorblätter) der Landespolizei Sachsen-Anhalt auf dem Flugplatz Magdeburg

Personalzuwachs (zwölf Dienstposten) gestärkt werden. Damit wird einerseits ein 24/7-Schichtbetrieb ermöglicht und andererseits Reserven geschaffen, die dem Flugdienstpersonal wenigstens drei Arbeitstage im Monat eine flugdienstfreie Zeit ermöglichen. Außerdem soll als technische Maßnahme die ab 2024 bereits geplante, aber noch nicht bestätigte Umrüstung unserer zwei Maschinen vom Typ H145 von D2 auf D3 erfolgen. Die derzeitigen Typen D2 besitzen lediglich vier Rotorblätter, was einhergehend mit einer hohen Vibration im Inneren des Helikopters ist. Das Upgrade auf D3 erweitert auf fünf Rotorblätter. Die damit verbundene Vibrationssenkung führt zu einer deutlichen Verringerung der gesundheitlichen Belastung der Crews und zur Minderung der langfristigen Materialbelastung der Hubschrauber.

Durch den Behördenleiter Udo Bolsmann wurde die Einführung von präventiven Kuren für Besatzungsmitglieder im Rahmen, der aktuell zu überarbeitenden Heilfürsorgebestimmungen thematisiert. Auch die Begründung der finanziell aufwendigen Upgrades unserer Polizeihubschrauber fand bei der Behördenleitung als weiteres Argument eine breite Zustimmung. Zum Ende der Veranstaltung wurde mit den Verantwortungsträgern ein enger Kontakt zur Umsetzung von Vorsorgemaßnahmen beschlossen. Im Ergebnis konnte ein breites positives Feedback aller Teilnehmer festgestellt werden.

**Hintergrund:** 2017 wurde die erste Maschine an die Landespolizei übergeben. Im September 2020 folgte die zweite Maschine (Kosten inkl. Umrüstung ca. 11 Millionen Euro). Der H145 der Firma Airbus leistet einen entscheidenden Beitrag zur Modernisierung und damit zur Leistungsfähigkeit der PHuSt Sachsen-Anhalt. Ausgerüstet ist der Hubschrauber unter anderem mit einer Wärmebildkamera, einem Operatorarbeitsplatz mit Verbindung zum Computernetzwerk der Polizei, einer Bild- und Datenübertragungsanlage, einem Suchscheinwerfer, Abseil-/Abgleitsystemen und einem Doppellasthakensystem für Lasten von bis zu einer Tonne sowie einer Rettungswinde zum Retten und Bergen von Personen. Der H145 von Airbus Helicopters ist einer der leistungsfähigsten Hubschrauber in der Gewichtsklasse bis vier Tonnen. Die Wartung der Polizeihubschrauber erfolgt durch die ADAC Luftfahrt Technik (ALT) sowohl an deren Standort Halle-Oppe als auch bei der PHuSt LSA (Line and Base Maintenance). Die ALT übernimmt ebenfalls die Überwachung der Lufttüchtigkeit der Hubschrauber (CAMO). Die Ausbildung des fliegenden Personals der PHuSt Sachsen-Anhalt erfolgt bei der Luftfahrerschule für den Polizeidienst (LFSfPD) am Standort der Bundespolizei-Fliegergruppe Sankt Augustin.

**Eure Bezirksgruppe Landesbereitschaftspolizei**



Uwe Kraus, Autor der Belastungsstudie und Vorsitzender BfPP



# Externe Dienstleister der Polizei Sachsen-Anhalt

Sachsen-Anhalt folgt in der Vergabe von Fremddienstleistungen strikten Regelungen der sparsamen Haushaltsführung unter Beachtung klarer Vorgaben zur Vermeidung und Bekämpfung der Korruption. Hierfür hat das Land für die gesamte Verwaltung eine entsprechende Verwaltungsvorschrift erlassen, um jegliche Korruption vorzubeugen. Mehrstufige, mitunter sehr langwährende, Verfahren bei Ausschreibungen sind die Folge, nicht zuletzt, weil größere Auftragsvolumen europaweit auszuschreiben sind.

## Zentrale Beschaffungsstelle PI Zentrale Dienste

Seit 2019 wurde im Rahmen der Polizeistrukturenreform eine zentrale Beschaffungsstelle in der neu eingerichteten Polizeidirektion Zentrale Dienste geschaffen. Die Aufgaben dieser Beschaffungsstelle ist u. a. die Aufstellung von Haushaltsplänen für die Landespolizei, die zentrale Beschaffung für die Behörden und die Einrichtung sowie die Erstellung von Rahmenverträgen genauso wie die Markterkundung. Der Bereich der Beschaffung ist zugleich für die Überwachung der Leistungserbringung und ggf. für die Bearbeitung und der Schaffung von Abhilfe bei Leistungsstörungen verantwortlich. Der Haushaltsplan für die Landespolizei findet im Landeshaushalt unter der 0320 seinen Eingang. Grundlage für die Erstellung der jeweiligen Haushalte sind jährliche Abfragen der Behörden und Einrichtungen, die nach klar definierten Beschaffungskatalogen erstellt werden.

## Enorm gestiegene Beschaffungspreise

Leider schlägt sich der ständig „klamme“ Geldbeutel des Landes auch deutlich bei der Beschaffung in der Landespolizei nieder. Auch wenn der Vergleich der Ausgaben von 2019 mit 634.656.100€ zu den avisierten Ausgaben 2023 mit 732.023.700€ deutlich höher ausfällt, muss hinreichend betont werden, dass insbesondere in Zeiten massiv gestiegener Kosten bei Beschaffungen und Bewirtschaftung viele dringend notwendige Beschaffungen nicht umgesetzt werden können. Zudem muss klarwerden,

dass das Innenministerium mit der angegliederten Landespolizei ein Ressort ist, welches in der Personalzahl richter- und wichtiger Weise aufwächst. Damit entstehen nicht nur im Personalkostenbereich, sondern eben auch in der Beschaffung deutlich erhöhte und zwingende Bedürfnisse. Insbesondere in der Beschaffung von FEM, Einsatzfahrzeuge, Bekleidung genauso wie in dem dringend notwendigen Ausbau der EDV, respektive der Beschaffung von Hard- und Software ist in der Landespolizei ein enormer Investitionsstau entstanden. Besondere pandemiebedingte Erschwernisse in den vergangenen Jahren verstärkten den Investitionsstau zusätzlich, wenngleich das Corona-Sondervermögen bei der Beschaffung von Sonderbedarfen wie FFP2-Masken und Tests zur Verfügung stand. Erfreulich kann da lediglich die Beschaffung von mobilen Endgeräten für die Homeoffice-Tätigkeiten hervorgehoben werden, die bedingt durch Corona zwingend notwendig waren.

## Baumaßnahmen in der Landespolizei

In dem Bereich der Baumaßnahmen gibt es in der Landespolizei bisher nur zaghafte Bewegungen. Grundsätzlich ist das Bau- und Liegenschaftsamt (kurz BLSA) für Baumaßnahmen und Bewirtschaftung der Einrichtungen zuständig, wobei sich deren Verantwortung nach den häushälterischen Vorschriften der LHO richtet. Um mit dem Erfreulichen anzufangen, die Fachhochschule Polizei hat zwischenzeitlich einen modernen Campus mit modernen Ausbildungseinrichtungen. Auch

wenn wegen der hohen Einstellungszahlen externe Raumkapazitäten genutzt werden, sind wir hier gut im Rennen. Anders sieht es aus, wenn die Absolventinnen und Absolventen dann in die Behörden und deren Dienststellen kommen. Hier sind in vielen Einrichtungen teils gravierende Baumängel und Instandhaltungsrückstaus zu verzeichnen. Eine Großbaustelle ist seit Jahren und bleibt es weiterhin die PI Magdeburg. Andere Dienststellen, wie beispielsweise das Revier Weißenfels und Burg (die Aufzählung kann hier durchaus fortgeführt werden) haben nach wie vor desastriöse Arbeitsbedingungen. Das wird sich auch dann nicht ändern, wenn nach dem „Tropfenprinzip“ nur Schönheits- und Erhaltungsreparaturen vonstattengehen. Mit dem Koalitionsvertrag wurde darüber beschlossen, dass das BLSA „marktübliche“ Mieten erhebt, womit bereits jetzt der Mietzins für polizeiliche Liegenschaften, welche dem BLSA zu entrichten sind von 2019 16.386.600 € auf 2023 18.361.300 € gestiegen sind. Eine zusätzliche Belastung im Haushalt der Polizei.

## Koalitionsvertrag - Projekt- und Planungsgesellschaft

Ein kleiner Lichtblick bleibt. Um größere Baumaßnahmen zu realisieren, wurde nunmehr über das Finanzministerium eine Projekt- und Planungsgesellschaft (IPS) gegründet, die es ermöglichen soll, größere und priorisierte Bauprojekte mittelbar zu finanzieren und gleichsam die Planung und Durchführung der Bauvorhaben auch eigenständig zu realisieren. So soll es beispielweise bei Vorhaben wie der Schaffung eines neuen Landeskriminalamtes, welches mit gesundheitsbelastenden KMF-Baumaterialien belastet ist und zudem zwingend eine neue IT-Infrastruktur benötigt, möglich werden, ein Neubau mit einem Investitionsvolumen von 300 Mio. € zu beschleunigen. ■

Neben dem Neu- und Umbau der PI Magdeburg, stellt der Neubau des Landeskriminalamtes das größte Bauprojekt für die Polizei in Sachsen-Anhalt für die nächsten Jahre dar.



Magdeburger Volksstimme

99 Franziska, 38 Jahre

Ich bin in der GdP, da mein Rechtsschutz hier von erfahrenen Polizisten bewertet wird und keine externe RS-Versicherung dazwischenfunkt. Weiterhin habe ich mit Kollegin Jaeger jederzeit eine kompetente Ansprechpartnerin in der Geschäftsstelle.



VG MD, BESCHLUSS VOM 7.2.2023 – AZ.: 5 B 188/22-, I. V. M. BVERWG, BESCHLUSS VOM 20.6.2013 – AZ.: 2 VR 1.13-

# Fehlerhaftes Anforderungsprofil führt zum Abbruch eines Auswahlverfahrens

Generell sind Verwaltungsgerichte immer darauf beschränkt, zu überprüfen, ob die Grenzen der Ermessensentscheidung von Eignung, Befähigung und fachlicher Leistung eingehalten wurden.



Das Magdeburger Verwaltungsgericht mit Sicht auf den Fronteingang (Breiter Weg 203)

Wird das subjektive Recht aus Art. 33 Abs. 2 GG (Prinzip der Bestenauslese) durch eine fehlerhafte Auswahlentscheidung des Dienstherrn verletzt, folgt daraus, dass der unterlegene Bewerber eine erneute Entscheidung über seine Bewerbung zumindest dann beanspruchen kann, wenn seine Aussichten, beim nächsten Mal ausgewählt zu werden, offen sind (BVerfG, Beschluss v. 24.9.2003 – Az.: 2 BvR 857/02-, juris, Rn. 13).

Also ein Verwaltungsgericht wird nicht feststellen, dass Bewerber B statt Bewerber A das Auswahlverfahren gewonnen hat, sondern nur, ob das Auswahlverfahren abzubrechen und unter Beachtung und Vermeidung der festgestellten Fehler neu durchzuführen ist.

**Ein wichtiger Punkt für die Überprüfung des Auswahlverfahrens ist das Anforderungsprofil der Ausschreibung.**

Grundsätzlich legt der Dienstherr das Anforderungsprofil für die zu vergebene Stelle fest und verschriftet es. Er darf sich dabei aber nicht von sachwidrigen, nicht am Leistungsgrundsatz orientierten Gesichtspunkten leiten lassen. In der anschließend fol-

genden Ausschreibung wird mitgeteilt, welche Auswahlkriterien dem Dienstherrn bei der Besetzung der ausgeschriebenen Stelle konstitutiv und welche (nur) wichtig für die Auswahl erscheinen. Rechtmäßige konstitutive Auswahlkriterien müssen die Bewerber unbedingt erfüllen. Erfüllt ein Bewerber eine zwingende Qualifikationsanforderung nicht, so scheidet er aus dem Auswahlverfahren unabhängig seiner Beurteilung aus (BVerfG, Beschluss v. 20.6.2013, a. a. O. Rn. 23 m. w. N.).

**Das Anforderungsprofil muss zwingend vor Beginn der Auswahlentscheidung vom Dienstherr festgelegt und dokumentiert werden.**

Fehler im Anforderungsprofil führen dabei grundsätzlich auch zur Fehlerhaftigkeit des Auswahlverfahrens, die einen Abbruch desselben und die Einleitung eines neuen Verfahrens erforderlich macht. Grundsätzlich geht man davon aus, dass ein Beamter sämtliche Funktionen ausfüllen kann, die seinem Statusamt zugeordnet sind. Ist daher ein Anforderungspunkt zu sehr auf eine konkrete Funktion und nicht generell auf das Statusamt zugeschnitten, kann es dazu führen, den Bewerberkreis zu sehr einzuengen.

**Ausschreibungen von Beförderungstellen sollen grundsätzlich auf das Statusamt bezogen sein.**

In unserem Rechtsschutzfall hatte der Dienstherr zwingende Erfahrungen in der Lehrtätigkeit festgelegt. Die Gründe im Vorfeld allerdings nicht schriftlich dokumentiert und begründet. Somit stellte das Verwaltungsgericht bereits im einstweiligen Verfügungsverfahren fest, dass das Auswahlverfahren fehlerhaft war und ein neues Auswahlverfahren unter Beachtung der Rechtsauffassung des Gerichts erfolgen muss.

Ein Anforderungsprofil muss zwingend vor Beginn der Auswahlentscheidung festgelegt und dokumentiert werden, damit die Gründe für dieser Entscheidung transparent sind und die Auswahlentscheidung nach den Kriterien nach Art. 33 Abs. 2 GG gerichtlich überprüft werden kann (OVG LSA Beschluss v. 16.6.2014 – Az.: 1 M 51/14-, juris, Rn. 14 m. w. N.). Auch nachträglich kann dieser Mangel nicht geheilt werden (BVerfG, Beschluss v. 24.9.2002, a. a. O., Rn. 18; OVG LSA, Beschluss v. 31.8.2018 – a M 79/18, juris, Rn. 24). Natürlich können dienstpostenbezogene Ausnahmeanforderungen im Interesse der Funktionsfähigkeit der Verwaltung gerechtfertigt sein und sich insbesondere aus dem Erfordernis bestimmter Fachausbildungen ergeben, aber auch diese müssen im Vorfeld begründet und dokumentiert worden sein.

Das Verfahren führten unsere erfahrenen Volljuristinnen der DGB Rechtsschutz GmbH. Das Verwaltungsgerichtsurteil sowie das Bundesverwaltungsgerichtsurteil können gern über unsere GdP-Geschäftsstelle abgerufen werden.

**Rechtsschutzkommission der GdP Sachsen-Anhalt**



**DP – Deutsche Polizei**  
Sachsen-Anhalt

**Geschäftsstelle**  
Halberstädter Straße 40 A  
39112 Magdeburg  
Telefon (0391) 61160-10  
Telefax (0391) 61160-11  
lsa@gdp.de  
Adress- und Mitgliederverwaltung:  
Zuständig sind die jeweiligen  
Geschäftsstellen der Landesbezirke.

**Redaktion**  
Jens Hüttich (V.i.S.d.P.)  
Walter-Kersten-Straße 9  
06449 Aschersleben  
GdP-Phone (01520) 8857561  
Telefon (03473) 802985  
Telefax (0321) 21041561  
jens.huettich@gdp.de



ISSN 0949-281X

## Seniorentermine

**SGen der PI Dessau/Roßlau**Bereich Dessau

Am 29. August 2023 Fahrt mit dem Piraten-schiff auf der Goitzsche (weitere Details werden nachgemeldet).

Bereich Wolfen

Am 5. September und 7. November 2023 um 18 Uhr in der Gaststätte „Am Rodelberg“ in Wolfen.

Bereich Sandersdorf-Brehna

Am 22. August und 5. September 2023 um 10 Uhr auf der Bundeskegelbahn in Sandersdorf.

**SGen der PI Halle**

Am 13. Juli und 19. Oktober 2023 von 13 bis 15 Uhr im Beratungsraum der PI Halle (1. Stock neben den Räumen der Gewerkschaft) Erste-Hilfe-Schulung für alle Senioren der PI Halle. Meldungen bitte an Rolf Kutschera (01520) 8871292 oder rolf.kutschera@t-online.de.

Bereich PI Halle Haus/Revier Halle

Am 13. September und 11. Oktober 2023 um 14:30 Uhr in der Begegnungsstätte „Zur Fähre“ der Volkssolidarität, Böllberger Weg 150.

Bereich Saalekreis

Am 14. September und 23. November 2023 um 10 Uhr in der Kegelhalle „Nine Pins“ in der Ladenstraße in Schkopau, mit anschließendem Mittagessen.

**SGen der PI Magdeburg**Bereich Bernburg

Am 10. August und 14. Dezember 2023 um 15 Uhr im Vereinshaus der Gartensparte in Roschwitz.

**SG der Fachhochschule**

Am 2. November 2023 um 17 Uhr im Schnitzelhaus in Aschersleben.

Am 10. August und 14. Dezember 2023 um 15 Uhr im Vereinshaus der Gartensparte in Roschwitz.

Aufgrund möglicher Verschiebungen sind die Termine nicht zwingend bindend. Bitte fragt bei Euren Seniorenvertretern nach, ob die Veranstaltungen wie geplant stattfinden.

**Die Landesredaktion**

[www.gdp.de/gdp/gdplsa.nsf/id/S-Termine](http://www.gdp.de/gdp/gdplsa.nsf/id/S-Termine)



## Redaktionsschluss

für die Ausgabe 09/2023 ist es:

**Freitag, der 04. August 2023.**

und für die Ausgabe 10/2023 ist es:

**Freitag, der 01. September 2023.**

Für Manuskripte, die unverlangt eingesandt werden, kann keine Garantie übernommen werden. Anonyme Zuschriften werden nicht veröffentlicht.

**Die Landesredaktion**

[www.gdp.de/gdp/gdplsa.nsf/id/DP-LSA](http://www.gdp.de/gdp/gdplsa.nsf/id/DP-LSA)

Der Veröffentlichung des Geburtstags muss explizit zugestimmt werden. Viele von Euch haben das bereits getan, andere noch nicht. Wenn Ihr Eure Einwilligung geben wollt, geht dies am schnellsten per E-Mail an lsa@gdp.de oder Ihr wendet Euch an die Vorstände der Bezirksgruppen, die Vertrauensleute oder die Seniorenvertreter. Diese verfügen über Listen, auf denen Ihr Euch eintragen könnt.

**Jens Hüttich**